

# Platz abbeck

Nr. 5, Juli 2005

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Preisnachlass bei Städtischen Bühnen

Auf Vorschlag der PDS-Ratsgruppe, in den Personenkreis der Berechtigten für ermäßigten Eintritt auch die Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II einzubeziehen, hat die Intendanz der Städtischen Bühnen rasch und positiv reagiert. In einer dem Rat zum 5. Juli 2005 vorliegenden Beschlussvorlage wird die Geschäftsordnung über die Abgabe kostenloser bzw. ermäßigter Eintrittskarten bei den Bühnen der Stadt Köln dahingehend geändert. Michael Kellner, sozialpolitischer Sprecher der Gruppe, dazu: „Das ist eine gerechte Sache. Eine lang geforderte Gleichbehandlung mit anderen Bedürftigen wird hier endlich umgesetzt. Diesem Beispiel sollten andere stadtnahe Einrichtungen folgen.“

## ARGE-Absprachen: Müll für Kölns Saubermänner

Sauberkeit ist immer ein gutes Thema, wenn man keine anderen Inhalte zu bieten hat. So kündigt die CDU – der Wahlkampf lässt grüßen! – die Großreinigung der Stadt mit Tausenden von arbeitsuchenden 1-Euro-Jobbern an. Wer sich dem verweigert, dem wird das Arbeitslosengeld II erheblich gekürzt. Josef Müller, Bürgermeister und zur Zeit Geschäftsführer der CDU-Fraktion, nennt das Ganze zynisch „Qualifizierungsmaßnahme“. Vor der Presse sprach er von „überzogenen Normen“, die „man ändern können muss“. Der Vorstoß der CDU ist ein groß angelegter Angriff auf alle Arbeitsuchenden. Bürgermeister Müller hat sich im Ton vergriffen, wenn er vor der Presse sagt, junge Arbeitslose kämen schnell auf dumme Gedanken und griffen womöglich zu Drogen. Was die Stadt bisher nicht geschafft hat, sollen die Arbeitslosen richten, dazu noch in ihrem eigenen Viertel, damit jeder sie kennt.

Die PDS Offene Liste wird einer derartigen Vorlage in der kommenden Ratsitzung aufs schärfste widersprechen und ihr die Zustimmung versagen.

## Soziale Kürzungen bleiben: CDU/SPD mit Hartz IV-Rasemäher unterwegs

Bundestagswahlen stehen an und die etablierten Parteien überschlagen sich mit leeren Versprechungen: Acht Jahre lang hat die SPD den Konzernen und Spitzenverdienern Steuergeschenke gemacht – und diskutiert jetzt über die ‚Reichensteuer‘; die Grünen wollen die Vermögenssteuer wieder erheben, und die CDU, man höre und staune, will die Mehrwertsteuer anheben, um mit der sogenannten Kopfpauschale besser Verdienenden die Krankenkassenbeiträge zu senken.

Die neue *Linkspartei.PDS* bringt Schwung in den Laden: Statt von der Wettbewerbsfähigkeit redet die SPD von höheren Löhnen, und die Grünen nicht mehr von Hartz IV, sondern von einer sozialen Grundsicherung.

Soll man den Versprechungen von CDU/SPD/FDP und GRÜNEN glauben? Nein, handeln und aktiv werden ist das einzige Mittel. Wie unglaublich die etablierten Parteien sind, zeigt sich bei den Haushaltsberatungen der Stadt Köln. Da werden die Kapitalisten eben

nicht zur Kasse gebeten. 200 Gebühren und Steuern erhebt die Stadt Köln. All die Fiskuseinnahmen werden mindestens alle fünf Jahre erhöht. In vielen Fällen sozial ungerecht. Aber die Gewerbesteuern, die bei den Unternehmern geholt werden, sind in den letzten 16 Jahren nicht erhöht worden. So viel zu der „Reichensteuer-Diskussion“ der SPD.

Seit Jahren fordert die PDS Offene Liste im Rat der Stadt Köln die Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer. Eine moderate Anhebung würde der Stadt Köln jährlich mindestens 20 bis 30 Millionen Euro bringen. Eine erkleckliche Summe, die viele soziale Probleme hätte lösen können. Zum Beispiel:

• 20,7 Millionen Euro für flankierende soziale Maßnahmen nach Hartz IV, insbesondere in der Suchtberatung, bei der Psychosozialen Betreuung und bei der Schuldnerberatung. Dies fordern auch zahlreiche soziale Träger und die Sozialdezernentin. Hier hat die Große Koalition den Rasenmäher angesetzt. Die Empfängerin-



[www.pds-koeln.de](http://www.pds-koeln.de)

„Linke in Deutschland - vorwärts, aber wie?“ Auf der Podiumsdiskussion der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW am 13. Juni wurde dazu lebhaft diskutiert

# Ehrenfeld – nah am Zentrum und doch ganz eigenständig

Wer es eilig hat, ist mit der Straßenbahn von Ehrenfeld aus in knapp zehn Minuten am Hauptbahnhof, von Vogelsang oder Bocklemünd-Mengenich dauert es etwas länger, und wer gar in Ossendorf gelandet ist, braucht noch mehr Zeit, bis er den Stadtbezirk 4 wieder verlassen kann. In Ossendorf liegt nämlich die Kölner „Justizvollzugsanstalt“, kurz JVA, für Kölner allerdings einfach der „Klingelpütz“. So hieß das alte Gefängnis in der Innenstadt, und der Neubau hat den Namen einfach mitgenommen.

Im Übrigen ist Ossendorf der älteste Teil des Stadtbezirks Ehrenfeld, schon vor 5000 Jahren siedelten hier Bauern, heute sind es mehr als 9000 Menschen, und der Stadtteil wächst durch neue Siedlungen.

Der Stadtteil, der dem Stadtbezirk seinen Namen gab, wurde dagegen erst 1845 gegründet und erhielt 1879 die Stadtrechte, die allerdings 1880 schon wieder verloren gingen – Ehrenfeld wurde in die Stadt Köln eingemeindet. In der Bezirksvertretung sitzen seit der jüngsten Kommunalwahl sechs Bezirksvertreter der SPD, je 5 von der CDU und den Grünen, je eine Vertreterin von FDP und PDS Offene Liste und ein Mitglied der rechten „pro Köln“.

Im Stadtbezirk wohnen ziemlich genau zehn Prozent der Kölner Einwohnerschaft, nämlich 102 264 Personen (Stichtag 31.12.2004). Frauen haben mit 50,8 Prozent eine knappe Mehrheit, der Ausländeranteil liegt bei 20 Prozent. Davon sind 8.668 türkischer Abstammung, 6.123 kommen aus EU-Ländern, 5.678 aus anderen Staaten. Die knapp 10 000 Lernenden verteilen sich auf 30 Schulen im Stadtbezirk, darunter eine Gesamtschule, zwei Gymnasien und drei Realschulen.

Noch bis in die 1960er Jahre hinein wurde die Ehrenfelder Wirtschaft geprägt durch eine Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben, vor allem aus dem Bereich Metallverarbeitung. Es gab eine weltberühmte Schiffschraubenfabrik und andere Maschi-

nenfabriken. Das bringt für die neuerliche Nutzung beträchtliche Altlastenprobleme mit sich, so dass sich viele ehemalige Fabrikflächen nicht für hochwertige Bauvorhaben eignen bzw. erst aufwändig saniert werden müssen. Dafür gibt es in Ehrenfeld und Neuhöfen eine Fülle von Einkaufsmöglichkeiten in Einzelhandelsgeschäften aller Branchen und vieler Nationalitäten, aber auch in Discountläden und großen Warenhäusern.

So vielfältig wie die Geschäftslandschaft ist auch die Gastronomie, die Angebote für alle Ansprüche – und Geldbeutel – bereit hält.

Für viele Ehrenfelder bleiben jedoch sowohl „shopping“-Meile wie Kneipen und Esslokale unerschwinglich. Am 31.12.2004 waren 6736 Menschen erwerbslos gemeldet, darunter 1989 Ausländer. Die Erwerbslosenrate bei jungen Erwachsenen unter 25 Jahren lag bei 7,9 Prozent, die der Langzeiterwerbslosen bei 39,3 Prozent. Im Januar 2005 bezogen 8154 Menschen Sozialhilfe, darunter 4482 Frauen.

Vor allem in den gewachsenen Stadtteilen wie Vogelsang oder Bocklemünd und Ossendorf blüht ein reiches Vereinsleben, vom Sport- bis zum Karnevalsverein. Der Ehrenfelder „Dienstagszug“ ist einer der größten in Köln mit Tausenden von aktiven Teilnehmern. Am traditionellen „Kappesrollen“ in Vogelsang beteiligen sich alljährlich zahlreiche Schulmannschaften.

Freie Angebote gibt es trotz schwieriger finanzieller Lage – bedingt durch immer stärkere Kürzungen von städtischen Zuschüssen – im Bürgerzentrum Ehrenfeld, das gerade sein 25jähriges Jubiläum feiern konnte, und dem Bürgerhaus Bocklemünd-Mengenich. Hier treffen sich Koch- und Gymnastikzirkel, Musik- und



Tanzgruppen, Kinder mit ihren Müttern (manchmal auch mit den Vätern – immerhin gibt es unter den 3463 Alleinerziehenden 765 Männer!). Nach langem Tauziehen zwischen Stadtverwaltung und der Ehrenfelder Kulturszene wird es auch weiterhin Ausstellungen und Veranstaltungen im Hochbunker in der Körnerstraße geben.

Ehrenfeld hat als Arbeiterstadtteil aber auch eine antifaschistische Vergangenheit. Die bekannteste Gedenkstätte ist eine an der Bartholomäus-Schink-Straße angebrachte Tafel zur Erinnerung an die Hinrichtung von Zwangsarbeitern und jugendlichen „Edelweißpiraten“. Auf dem Westfriedhof gibt es Ehrengräber für sowjetische und polnische Soldaten und Zwangsarbeiter.

Helga Humbach

## Fortsetzung von Seite 1

nen und Empfänger von Leistungen nach SGB II brauchen diese zusätzlichen Angebote.

• Ein Mobilitätsticket bei der KVB für Arbeitssuchende. Gerade sie brauchen ein solches Ticket dringend, um mögliche Arbeitsstellen aufzusuchen und sich vorzustellen.

• Rücknahme der Kürzungen im Jugendamt und Schaffung von Ausbildungsplätzen bei der Stadt Köln und den städtischen Unternehmen.

Ca. 25 Millionen Euro hat die Stadt Köln mit dem Hartz IV-Kahlschlag einsparen können, weil der Bund zahlrei-

che Kosten zahlt. Mit diesen Mitteln könnte man soziale Härten ausgleichen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen am 5. Juli wird die PDS Offene Liste den Antrag stellen, die Kürzungen bei Schulbuchkosten für diese Personengruppe durch das Land NRW zurückzunehmen und vorerst durch den Stadthaushalt zu finanzieren.

57.000 Wohnungen fehlen in Köln bis zum Jahr 2015. Fehlende Wohnungen erhöhen automatisch die Mietkosten. Wer hier gegensteuern will, muss den Wohnungsbau, insbesondere den sozialen Wohnungsbau fördern. Das haben die etablierten Parteien seit Jahren

nicht getan, sondern CDU und FDP wollten sogar den öffentlichen Wohnungsbestand total verkaufen.

Durch das Bereitstellen öffentlicher Baugrundstücke zu günstigen Preisen, z.B. über eine Erbpacht-Regelung, kann die Stadt Einfluss nehmen und die Konjunktur zumindest ein wenig beleben. Da hätten alle was davon:

■ Die Mieten würde sinken, mehr Wohnraum wäre vorhanden und Arbeitsplätze würden geschaffen.

■ Die Stadt Köln ist der größte Arbeitgeber in Köln. Seit Jahren stagnieren die Ausbildungsplätze. Auch hier muss eine andere Politik her!

■ Nippes

## Pro Köln blamiert sich in der BV Nippes

Mehr Arbeitsgelegenheiten nach § 19 BSHG forderte Pro Köln in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Nippes. Die Antragsteller haben allem Anschein nach die Debatte um Hartz IV verschlafen. Das BSHG gibt es seit Ende letzten Jahres nicht mehr. Das „Nachfolgesetz“, SGB XII, gilt nur für dauerhaft arbeitsunfähige Menschen. MW

■ Mülheim

## BV gegen Hubschrauberlandeplatz

Gegen die Stimme ihres FDP-Mitgliedes hat sich die Bezirksvertretung gegen die Einrichtung einer Rettungshubschrauberstation am Buchforster Kalkberg ausgesprochen. Ein Bündnis 90/Grünen-Vertreter traf den Nagel auf den Kopf, als er

meinte: „Für den Kalkberg spricht nur, dass es einen Investor gibt, der dafür in Merheim Einfamilienhäuser bauen will“. Hauptargument in der BV gegen den Standort an der Kalk-Mülheimer Straße ist die Lärmbelastung für die Anwohner. Die Verwaltung sieht das allerdings etwas anders. Sie argumentiert, dass die Gegend ohnehin schon reichlich laut sei. hum

■ Porz

## Schlecht für Porz: Sozialabbau und weite Wege

Ab 2006 müssen sich auch die Porzerinnen und Porzer in die langen Schlangen beim Kölner Ordnungsamt in der Herkulesstraße einreihen, wenn sie ihr Auto um- oder anmelden wollen. Denn nach dem Sparhaushalt von CDU und SPD wird dann die Porzer Außenstelle des Ordnungsamtes auf der Frankfurter Straße in Urbach geschlossen, um so eine Stelle und jährlich gut 30.000 Euro einzusparen. Mit weiten Anfahrtswegen und langen

Wartezeiten zahlen die Bürgerinnen und Bürger die Zeche.

Im Gegenzug müssen Erwerbslose aus Ostheim, Humboldt und Teilen von Kalk zur ARGE nach Porz kommen, um ALG II zu beantragen. Längere Schlangen und noch weniger Beratung sind somit vorprogrammiert – auch für die Porzer Erwerbslosen; und eine unabhängige Beratungsstelle wie das KALZ in Köln gibt es in Porz überhaupt nicht. Wolfgang Lindweiler BV Porz

■ Ehrenfeld

## Einen eigenen Bezirksjugendpfleger für Ehrenfeld

Seit circa einem Jahr ist der Bezirksjugendpfleger für Ehrenfeld und Lindenthal zuständig, weil die Stadt das Geld für die Stelle einsparen will. Ehrenfeld und Lindenthal kommen zusammen auf die Größe einer mittleren Großstadt. Ein einzelner Mensch kann unmöglich die Aufgabe erfüllen, Ansprechpartner und Koordinator der offenen Jugendhilfe für ein so großes Gebiet zu sein. Die PDS Offene Liste fordert die sofortige Wiederbesetzung aller Stellen der Bezirksjugendpflege in Ehrenfeld und den anderen Stadtbezirken!

Yesim Yesil, BV Ehrenfeld

# Polizei gesteht: Einsatz an der Geldernstraße am 15.3.2003 war rechtswidrig – Jetzt wird Schadensersatz gefordert!

Unter dem 12.5.2005 teilte der stellvertretende Polizeipräsident, Herr Klinger dem Verwaltungsgericht im Zuge einer Musterklage von 4 Betroffenen Folgendes mit: „Ich erkläre, dass aus heutiger Sicht nach dem Inhalt der vorliegenden Akten, das am 15.03.2003 erfolgte Festhalten auf der S-Bahn Station Geldernstraße/Parkgürtel in Köln-Nippes, die dortige Ingewahrsamnahme ab 11.30 Uhr, die anschließende Verbringung nach Brühl und das weitere Festhalten der Kläger dort rechtswidrig waren“.

Wir erinnern uns:

Am 15. März 2003 hatte Pro Köln zwei Veranstaltungen gegen die Großmoschee in Köln-Chorweiler und Köln-Mülheim angemeldet. Gleichzeitig waren jeweils Gegendemonstrationen angemeldet und von der Polizei bestätigt worden. Auf dem Weg nach Chorweiler stoppte eine S-Bahn, in der sich einige der rechtsradikalen Demonstranten und ca. 200 Gegendemonstranten befanden. Die S-Bahn wurde kurzfristig an der Weiterfahrt gehindert, es kam zu einem massiven Polizeieinsatz, mit dem zunächst einmal die Weiterfahrt der Rechtsradikalen zu ihrer Demonstration

(nicht aber der Gegendemonstranten zur ebenfalls angemeldeten Demonstration) gestattet wurde. Im Anschluss daran beschloss die Polizei sämtliche dort befindliche Personen als potenzielle Gewalttäter festzunehmen, ihnen auch nicht zu gestatten, an der ebenfalls angemeldeten Gegendemonstration in Köln-Mülheim teilzunehmen, verbrachte sie nach und nach nach Brühl, wo erst am Abend die Entlassungen vorgenommen wurden. Diese massive Bevorzugung rechtsradikaler Demonstranten, deren Demonstrationsrecht mit allen Mitteln gesichert wird, während gleichzeitig Gegendemonstranten von der Teilnahme an ihrer Demonstration abgehalten werden, führte zu einer Musterklage von vier betroffenen Teilnehmern. Nachdem das Verwaltungsgericht deutlich zu erkennen gegeben hat, dass es das Verhalten der Polizei für rechtswidrig hält, gab die Polizei dann die oben zitierte Erklärung ab.

Die Kläger und weitere betroffene Personen wollen es damit allerdings nicht auf sich beruhen lassen. Mittlerweile scheint sich bei der Polizei Köln die Tendenz zu verbreiten, einfach zu machen was man will, unabhängig von späteren gerichtli-

chen Entscheidungen. So haben die Verwaltungsrichter verschiedene polizeiliche Maßnahmen anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels bereits als rechtswidrig bezeichnet. Die nächste Schlappe der Polizei zeichnet sich bereits ab. Musterklagen gegen das Vorgehen im Grenzcamp 2003 liegen seit fast einem Jahr bei Gericht, ohne dass die Polizei zur Klage bisher überhaupt Stellung genommen hat.

Damit in Zukunft die Sache allerdings nicht folgenlos bleibt, starten die Kläger jetzt eine Initiative, mit der die Polizei dort gepackt werden soll, wo es schmerzt, nämlich beim Geld. Für die rechtswidrige Einkesselung und Ingewahrsamnahme werden Schmerzensgeldbeträge von 100,00 EUR bis 150,00 EUR pro Beteiligten gefordert. Ein Treuhänder soll sie für alle Betroffenen geltend machen und anschließend mit dem Ermittlungsausschuss für dessen Arbeit verwenden.

Wer damals festgenommen war und sich an der Aktion beteiligen will, kann die erforderlichen Informationen auf der Internetseite des Ermittlungsausschusses ([www.infoladen.de/koeln/gruppen/ea](http://www.infoladen.de/koeln/gruppen/ea)) herunterladen.

# Freiluga – 80 Jahre Kinderspaß

Die Königin von England verschiebt ihre Geburtstagsfeier regelmäßig in die Sommermonate, damit die Gäste nicht zu frieren brauchen. Und was die Königin kann, soll der Stadt Köln und ihren Schulkindern schon lange recht sein. Also feierte die „Freiluga“ ihren 80. Geburtstag statt am 11. Mai erst am 17. Juni.

1925 wurde die „Freiluft- und Gartenarbeitsschule“, wie die rund 4,8 ha große Anlage im Äußeren Grüngürtel am Fort Va im Klartext heißt, als Ort der Reformpädagogik gegründet. Stadtkinder sollten hier Gelegenheit erhalten, ihren naturkundlichen Unterricht in die gärtnerische Praxis umzusetzen und gleichzeitig Erholung an der frischen Luft zu genießen. Das Motto lautete: Lernen mit Kopf, Herz und Hand. Heute stellt sich die Freiluga die wesentliche Aufgabe, das Umweltbewusstsein von Kindern und Jugendlichen zu fördern und zu stärken.

Für rund 8500 Kölner Kinder der Klassen 3 bis 10 heißt das: „forschender Unterricht“ in zwei mit Mikroskopen u.a. ausgestatteten Klassenräumen. Es heißt aber vor allem Anschauungs- und Mitmachunterricht in den verschiedenen Beispielanlagen. Mit ihrem großem Fachwissen beeindruckten die Jungen und Mädchen der GGS Wendelinstraße die erwachsene „Festgemeinde“ aus Pädagogen, Kommunalpolitikern und Journalisten. An der Imkerstation erklärten sie, wie der Honig in die Waben kommt, wie man es vermeidet, von den Bienen gestochen zu werden und genossen schließlich mit ihren Gästen den frisch geschleuderten Honig.

Während die Erwachsenen in den Amphibiengläsern der Kinder bestenfalls „Minikrokodile“ zu erkennen glaubten, konnten die genau die Unterschiede zwischen Molchmännchen und -weibchen beschreiben, wiesen auf mikroskopisch kleine Mückenlarven hin und wussten, dass die bedrohlich aussehende Larve einer Libelle schon auf das Raubinsekt hinweist.

Auch Ernten war erlaubt: in gepflegten Beeten lockten Erdbeeren, die Johannisbeersträucher hingen voll – Aber Stachelbeere und Äpfel brauchen noch eine Zeit zum Reifen, erklärten die jungen Gärtner.

Empörung herrschte am Kaninchengehege. Der Grund: ein Mädchen hatte ei-

schen Kaninchen und Hasen, die die Kinder stolz erklärten.

Dann gab es noch das Kleintiergewimmel in der Schlucht und das Baumtelefon, die Pflanzstation, von der jeder ein Tagestöpfchen mitnehmen konnte, und die geheimnisvolle Baumbegegnung, bei der Tast- und Geruchssinn zu erproben waren. Kein Wunder, dass bei so viel Aufregendem und Neuem die Kinder mit Feuer-eifer dabei waren. Überzeugendere Argu-



nen der Stallhasen einfach am Genick gepackt und hochgezogen. „Die hatte richtig Haare in der Hand, und das braunweiße Schlappohrkaninchen zitterte richtig vor Angst!“, berichtet ein Junge, und seine Klassenkameradin fügt missbilligend hinzu: „Dabei war die schon ziemlich groß! Da muss man doch wissen, dass es so nicht geht!“

Apropos wissen: von den Erwachsenen kannte keiner (außer den Naturkundelehrern natürlich) die Unterschiede zwi-

mente für den Wert dieses Lernangebots und seine Erhaltenswürdigkeit – für die zu sorgen übrigens alle Politiker versprochen – konnte es kaum geben.

Übrigens: Fördermitglied des erst im vergangenen Jahr gegründeten „Förderverein Freiluga e.V.“ kann jeder werden. Mit 12,- Euro pro Jahr ist man dabei. Die Anschrift: Freiluga e.V., Henning Werker, Lövenicher Weg 27, 50933 Köln; e-mail: h.werker@koeln.de.

Helga Humbach

**Bitte kostenlos schicken**

# Platzjabbeck

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen  
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ

Ort

An die PDS-Offene Liste  
im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3  
Postfach 103 564  
50475 Köln